

KOMMENTAR

Aquino und die Menschenrechte

Es war eines der zentralen Themen des Wahlkampfes im Jahre 1986, eine der großen Hoffnungen ihrer Anhängerschaft aus den städtischen Mittelschichten, unter den Intellektuellen: Cory Aquino und die Menschenrechte. Es fing auch nicht schlecht an. Zahlreiche politische Gefangene, darunter die prominentesten, wurden in den ersten Amtstagen Aquinos freigelassen, Willkürakte bei Verhaftungen politischer Gegner sollten unterbleiben, eine präsidiale Menschenrechtskommission wurde eingesetzt. "Doch kaum waren die Wunden verheilt, als die Repression wieder begann, ihren häßlichen Kopf zu erheben", faßt es die Gefangenenhilfsorganisation "Task Force Detainees" (TFD) in einem Bericht vom 10.12.1987 zur Situation im nördlichen Mindanao zusammen. "Willkürliche Verhaftungen, Folter, Massenerschießungen, Verschleppungen, Zwangsevakuierungen und Nahrungsmittelblockaden sind wieder zu alltäglichen Ereignissen geworden. Beobachter bemerken, daß nun die Taktiken systematischer und ausgefeilter werden." Die Morde an den Linkspolitikern Olalia und Alejandro sind nur die Spitze eines Eisberges politischen Terrors gegen legale fortschrittliche Volksbewegungen, der zunehmend nicht nur in den ländlichen Provinzen, sondern auch in der Hauptstadt Manila zu registrieren ist. Der vielzitierte "demokratische Freiraum" nach der Februarrevolution 1986 ist weitgehend dahin, dürfte heute geringer sein als in der Spätphase der Marcos-Diktatur. Ob Aquino davon wisse, ob sie es denn nicht ändern könne oder wolle, wird man bei Veranstaltungen oft gefragt. Eine müßige Frage, die vom Mythos der Märtyrerin Cory Aquino lebt, die durch die kaltblütige Ermordung ihres Mannes selbst Opfer einer Menschenrechtsverletzung wurde. Fakt ist, daß die philippinische Präsidentin und Oberbefehlshaberin der Streitkräfte deren Treiben kritiklos akzeptiert, dem blutigen Terror rechter Todesschwadronen, der "Vigilantes" ihr Lob ausgesprochen hat und die Aufstandsbewegung in ihrem Land mit rein militärischen Mitteln schlagen will. Von deren "sozialen und wirtschaftli-

chen Beweggründen", die sie der Guerilla noch nach ihrer Amtsübernahme zusprach, ist heute nicht mehr die Rede. Ein Grund für die traurige Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in der gut zweijährigen Regentschaft Aquinos ist der Charakter der Streitkräfte. Sie sind unter Marcos groß geworden und zwar in doppelter Hinsicht: sowohl was ihre zahlenmäßige Stärke als auch was die materiellen Pfünden ihrer höheren Chargen angeht. Und gleichfalls in bezug auf ihre Ausbildung bzw. ihre Indoktrination: die war knallhart antikommunistisch, ob in West Point in den USA oder auf der Militärakademie von Baguio. Dazu kommt eine ungeheure Politisierung in den letzten Jahren der Marcos-Diktatur und dann auch unter der Aquino-Regierung.

Nun sind die Streitkräfte kein gesellschaftlich unabhängiges Gebilde, sondern letztlich ein Produkt der gesellschaftlichen Strukturen, die sie beschützen sollen. Und hier stellt sich die Frage: sind die gesellschaftlichen Strukturen auf den Philippinen derart, daß auf ihrer Basis Menschenrechte getreu unserem Rechtsverständnis verwirklicht werden können? Ich glaube kaum. Denn die Philippinen sind kein bürgerlich-kapitalistisches Land, sondern ein halbfeudales und halbkoloniales Land, wie es die philippinische Linke formuliert. Was sich zunächst wie eine abstrakte Formel anhört, wird klar, wenn man z.B. an die Situation auf Negros denkt. Auf vielen Zuckerplantagen liegt Land brach, die Besitzer verbieten "ihren" Arbeitern, dort Reis und Gemüse für den Eigenbedarf anzubauen. Wer es dennoch tut oder auch nur – wie die Zuckerarbeitergewerkschaft NFSW – dafür eintritt, begibt sich in Todesgefahr. Großgrundbesitzer lassen mit Unterstützung des Militärs solche "rebellischen" Bauern und Gewerkschaftsaktivisten von den "Vigilantes" abschlachten. Politisch und auch ökonomisch scheint diese Handlungsweise keineswegs rational, sie entspricht aber dem Bild vom Großgrundbesitzer als absolutem "Herren" über "seine" Leute. In einem solchem Klima müssen Vorstellungen über

Macht, Demokratie und individuelle Menschenrechte ganz andere sein als in unserer Gesellschaft. Und Negros ist keine Ausnahme, wie man an der Verschleppung des Landreformdekrets im philippinischen Parlament sehen kann. Die dort vertretenen "Herren" wollten jeden Ansatz zu einer Landreform zerreden, auch wenn das das bäuerliche Unruhepotential weiter anheizt, wie Weltbank und Nationaler Sicherheitsrat der USA bereits erkannt haben. Aber die Großgrundbesitzer setzen vorerst noch auf ihre Todesschwadronen. Da ist es klar, daß die Guerilla der NPA auch unter Aquino weiter Zulauf bekommt. Vor der Ausübung von hehreren individuellen Menschenrechten steht das Überleben – wohl das grundlegende Menschenrecht.

In den Städten ist die Situation vielschichtiger. Speziell in Manila gibt es eine westlich-humanistisch gebildete, an der Wahrung der Menschenrechte interessierte Mittelschicht: das ehemalige aktive Unterstützungspotential Cory Aquinos. Es ist seitdem langsam "zerbröselt", so wie die Hoffnungen auf eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen durch das Aufbrechen des gesellschaftlichen Konfliktpotentials verfliegen sind. Hätte – dieser müßige Konjunktiv – hätte Cory Aquino ernsthaft versucht, für die Ahndung vergangener und die Verhinderung neuer Menschenrechtsverletzungen einzutreten, hätte sie ihre aktive Unterstützerbasis ausweiten können, sie hätte aber auch gegen das Militär vorgehen müssen, was wiederum die Großgrundbesitzer und wohl auch die ehemalige koloniale Vormacht, die USA – ich denke, mehr aus politisch-strategischen denn aus wirtschaftlichen Gründen – auf den Plan gerufen hätte. Aber es hat sich letztlich gezeigt, daß Corazon Aquino ein echtes Kind ihrer Klasse ist, eine halbfeudale Großgrundbesitzerin, und daß das mehr wiegt, als ein Romanistikstudium und ein langer Aufenthalt in den USA. Aus dieser Herkunft erklärt sich auch die um sich greifende Korruption und Vetternwirtschaft in ihrer Regierung, in ihrer Bürokratie und den damit verbundenen Parteien. Insgesamt ist dies sicher ein Thema, das intensiv und theoretisch fundierter als an dieser Stelle möglich diskutiert und aufgearbeitet werden sollte. Sicher ist jedoch, daß die Einhaltung der Menschenrechte nicht von einzelnen "großen" Persönlichkeiten gegen die Entwicklungstendenzen einer ganzen Gesellschaft im Alleingang durchgesetzt werden können – selbst wenn ein unbeugsamer Wille dazu vorhanden wäre. Und ob letzteres bei Cory Aquino (noch) der Fall ist – auch das kann inzwischen mit guten Gründen bezweifelt werden.

Frank Braßel